

Überregionaler Pressespiegel 02.02.2012

Freie Presse | 02.02.2012

Löttsch: Merkel soll zu Anti-Neonazi-Protesten nach Dresden kommen

"Wir erwarten, dass die Kanzlerin mit ihrem Kabinett in Dresden dabei ist"

Berlin (dapd-IsC). Die Linke-Bundesvorsitzende Gesine Löttsch hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aufgefordert, sich an den geplanten Anti-Neonazi-Protesten im Februar in Dresden zu beteiligen. "Wir erwarten, dass die Kanzlerin mit ihrem Kabinett in Dresden dabei ist, wenn es darum geht, Zivilcourage gegen Nazis zu zeigen", erklärte Löttsch am Donnerstag in Berlin.

Zugleich bezeichnete Löttsch die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der hessischen Linksfraktionschefs Willi van Ooyen und Janine Wissler durch den Landtag in Wiesbaden am Mittwoch als Skandal. Kurz vor den am 13. und 18. Februar geplanten Protesten in Dresden sei dies eindeutig als Signal der Einschüchterung gedacht. Wissler und van Ooyen hatten im Februar 2010 an einer Demonstration gegen einen genehmigten Aufmarsch von Rechtsextremisten teilgenommen. Die Dresdener Staatsanwaltschaft will die beiden Politiker wegen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot und "Rädelsführerschaft" anklagen. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Loetzsch-Merkel-soll-zu-Anti-Neonazi-Protesten-nach-Dresden-kommen-artikel7893950.php>

Frankfurter Rundschau | 02.02.2012

Justiz darf Linke belangen

Wegen ihrer Blockade eines Neonazi-Aufmarsch hebt der hessische Landtag die Immunität der Linken-Fraktionschefs Janine Wissler und Willi van Ooyen auf. Die Opposition reagiert mit Unverständnis.

Für die Blockade eines Nazi-Aufmarschs in Dresden vor zwei Jahren können die hessischen Linken-Fraktionschefs Janine Wissler und Willi van Ooyen juristisch belangt werden. Der Hessische Landtag hob am Mittwoch ohne Debatte ihre Immunität auf. Diese soll Abgeordnete vor politisch motivierter Strafverfolgung schützen.

Die Mehrheit aus CDU und FDP stimmte für die Aufhebung der Immunität. Dagegen votierten SPD und Grüne mit den Linken. Wissler und van Ooyen wollten im Parlament persönliche Erklärungen abgeben, was ihnen aber mit Hinweis auf die Geschäftsordnung verwehrt wurde.

Janine Wissler kommentierte anschließend, sie halte „die strafrechtliche Verfolgung und die Kriminalisierung breiter Anti-Nazi-Proteste für ein fatales Signal ins In- und Ausland und an alle Menschen, die Opfer von rechter Gewalt wurden“. Linke Antifaschisten würden angeklagt, während eine mordende Nazi-Bande ein Jahrzehnt lang ungehindert von den Sicherheitsbehörden durch die Republik gezogen sei. Die Justiz behindere mit ihrem Vorgehen gegen die Linken-Politiker den Kampf gegen Nazis, sagte Wissler.

Die CDU-Abgeordnete Karin Wolff hatte den Linken hingegen vorgeworfen, sie verlangten einen „Blankoscheck“, der unabhängige Ermittlungen unterbinden solle. Es sei gerade nicht Aufgabe des Parlaments, über Schuld und Unschuld in einem strafrechtlichen

Verfahren zu entscheiden.

"Im Zweifel für die Immunität"

SPD und Grüne äußerten den Verdacht, dass die Staatsanwaltschaft willkürlich einzelne Demonstranten herausgepickt habe. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass zwei von vielen Abgeordneten, die an der Gegendemonstration gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden teilgenommen haben, strafrechtlich verfolgt werden sollen“, sagte die SPD-Abgeordnete Andrea Ypsilanti. „Wir haben die Vermutung, dass hier ein Exempel statuiert werden soll.“

Grünen-Fraktionschef Tarek Al-Wazir äußerte sich ähnlich. Ihm habe sich nach Lektüre der Begründung nicht erschlossen, warum die Fraktionsvorsitzenden belangt werden sollten und die Abgeordneten nicht. In Dresden hatten Linkenfraktionen aus Hessen, Thüringen und Sachsen demonstriert, aber auch Bundespolitiker wie Wolfgang Thierse (SPD) und Claudia Roth (Grüne).

Ypsilanti sagte, die Immunität habe eine Schutzfunktion, damit Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Parlamentes vor Repressionen geschützt würden. „Hier wird dieser Auftrag in sein Gegenteil verkehrt.“ Al-Wazir betonte aber auch, dass Immunität nicht generell vor Strafverfolgung schütze, sondern nur vor willkürlicher Strafverfolgung. Solange ein solcher Verdacht bestehe, gelte aber: „Im Zweifel für die Immunität.“

<http://www.fr-online.de/rhein-main/landtag-hebt-immunitaet-auf-justiz-darf-linke-belangen,1472796,11557674.html>

ähnliche Artikel:

Freie Presse

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/DEUTSCHLAND/Immunitaet-der-Linksfraktionschefs-vom-Landtag-aufgehoben-artikel7893209.php>

Rhein Main Presse

<http://www.main-spitze.de/nachrichten/politik/hessen/11624110.htm>

TAZ

<http://www.taz.de/Immunitaet-von-Linken-Politikern-aufgehoben/!86897/>

HR online

http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_43884105

stern.de

<http://www.stern.de/news2/aktuell/hessische-linken-fraktionschefs-empuert-ueber-aufhebung-ihrer-immunitaet-1781260.html>

Grundrechtekomitee prangert sächsischen Umgang mit Demonstranten an

Behörden sollen Recht auf Demonstrationsfreiheit verletzt haben

Berlin/Dresden (dapd-lsc). Die Kritik am Umgang von Polizei und Politik mit Demonstranten der Dresdner Anti-Nazi-Proteste im vergangenen Februar reißt nicht ab. Eine Untersuchungskommission des Kölner Grundrechtekomitees kommt in einem 60-seitigen Bericht zu dem Ergebnis: "Das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit wurde ohne Not beseitigt." Der Bericht, der am Donnerstag in Berlin vorgestellt wurde, sieht sogar die Demokratie im Land gefährdet.

Der Anstoß für die Untersuchungskommission waren die Proteste gegen den alljährlichen Aufmarsch Tausender Rechtsextremer am 19. Februar 2011 in Dresden. Damals kam es in der Landeshauptstadt zu gewaltsamen Ausschreitungen. In den Monaten danach ging die sächsische Justiz gegen Randalierer und auch Blockierer der Neonazi-Aufmärsche vor.

Die Verantwortung für die Krawalle, bei denen mehr als 100 Polizisten verletzt wurden, sieht die Untersuchungskommission auch bei den Behörden. Das Trennungskonzept der Polizei, Rechtsextreme und Gegendemonstranten durch die Elbe räumlich voneinander zu trennen, "erzeuge fast zwangsläufig Konfrontationen", heißt es. Die Entscheidung, wo und wann demonstriert werde, dürfe nicht bei der Versammlungsbehörde, sondern bei den Bürgern liegen.

Mit scharfen Worten kritisiert das Grundrechtekomitee auch die Arbeit der Ermittlungsbehörden. Die Überwachung und Datenerfassung von Demonstranten habe "jedes demokratisch erträgliche Maß" überschritten. Indem engagierte Bürger bereits im Vorfeld kriminalisiert worden seien, sollten sie von der Teilnahme an den Demonstrationen abgeschreckt werden. "Das aber gefährdet die Demokratie in ihren Fundamenten", argumentiert die Kommission.

Besondere Erwähnung in dem Bericht findet die umstrittene Funkzellenabfrage der Behörden, bei der mehr als eine Million Handydaten von Demonstranten, aber auch Anwohnern, Journalisten und Politikern erfasst wurden. Diese Technik sei ursprünglich zur Abwehr terroristischer Angriffe gedacht gewesen. Mit ihrem Einsatz in Dresden sei im Februar 2011 "jedes rechtsstaatliche Maß überschritten worden", heißt es.

Mit Blick auf die Proteste in diesem Februar fordert die Untersuchungskommission einen angemessenen Umgang der Polizei mit Demonstranten. Selbst die in Sachsen so umstrittenen Blockaden von Neonazi-Aufmärschen stünden laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit. Eine Auflösung der Blockaden dürfe nur friedlich erfolgen - im Notfall durch Wegtragen der Personen. "Der Einsatz von Wasserwerfern, Pfefferspray und Pepperballs ist prinzipiell ausgeschlossen", kommt der Bericht zu dem Ergebnis.

Als Anlass für die Aufmärsche dienen den Rechten die alliierten Luftangriffe am 13. Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Seit Jahren versuchen Rechtsextreme, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. In diesem Jahr wird mit einem rechten Aufmarsch am 18. Februar gerechnet. Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat bereits zu Blockaden aufgerufen. Eine von der Stadt Dresden ins Leben gerufene überparteiliche Arbeitsgemeinschaft will mit einer Großdemonstration in der Altstadt gegen Rechts demonstrieren. dapd

(Der Bericht der Untersuchungskommission zum Nachlesen: <http://url.dapd.de/xBH7KS>)

Lausitzer Rundschau | 02.02.2012

Anwalt: Polizei setzt auf Abschreckung und Drohung

Berlin/Dresden Bei dem geplanten Protest gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden am 18. Februar setzt die Polizei nach Ansicht von Kritikern auf Drohung und Abschreckung. Aus dem Vorjahr seien nicht die richtigen Konsequenzen gezogen worden, sagte Rechtsanwalt Peer Stolle am Donnerstag in Berlin.

„Die Drohungen der Polizei lassen das Schlimmste befürchten.“ So sei der Einsatz von Wasserwerfern bereits angekündigt worden. Stolle gehört einer Kommission an, die das Vorgehen der Polizei im Vorjahr in Dresden untersucht hat.

In Dresden sind rund um den Jahrestag seiner Zerstörung 1945 Kundgebungen und Demonstration geplant. Die Aktionen unter dem Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz. Dresden bekennt Farbe“ richten sich am 18. Februar gegen einen geplanten Aufzug von Rechtsextremisten und werden von der überparteilichen „Arbeitsgruppe 13. Februar“ organisiert. Auch das Bündnis „Dresden nazifrei“ plant Aktionen.

Auch Blockaden, die rechtlich umstritten sind, wurden bereits angekündigt. „Wir sind friedlich, aber entschlossen. Wir werden zivilen Ungehorsam praktizieren, gehen aber nicht von einer Eskalation aus“, sagte Ringo Bischoff von der Verdi-Gewerkschaftsjugend am Donnerstag.

Die Kommission, zu der Anwälte und Vertreter von SPD, Grünen und Linken gehören, legten einen Untersuchungsbericht zu dem Vorgehen der Polizei gegen Blockaden von Antinazi-Demonstranten im Vorjahr in Dresden vor. Es habe schwerwiegende Eingriffe in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit mit willkürlichen Auflagen gegen Demonstranten gegeben, hieß es. Die Proteste gegen Neonazis seien kriminalisiert worden. Blockierer seien mit Strafbefehlen, Ermittlungen und Prozessen überzogen worden.

Professor Wolf-Dieter Narr vom Grundrechtekomitee betonte, die Demokratie dürfe nicht ausgehöhlt werden. Bürger sollten sich nicht abschrecken lassen, ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrzunehmen.

Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen hatten das Gedenken an die Zerstörung Dresdens in der Vergangenheit immer wieder überschattet. Mit Blockaden konnten tausende Demonstranten 2010 und 2011 verhindern, dass Rechtsextremisten durch die Innenstadt marschierten. dpa

Lausitzer Rundschau | 02.02.2012

Sächsische Bischöfe rufen zu Protesten gegen rechts auf

Dresden Die katholischen und evangelischen Bischöfe in Sachsen rufen zur Teilnahme an den Protesten gegen Rechtsextreme am 13. und 18. Februar in Dresden auf.

„Gerade als Christen sind wir aufgefordert, uns dieser menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie entgegenzustellen“, heißt es in einem am Mittwoch veröffentlichten Aufruf. Die Rechten leugneten die Schuld des deutschen Volkes im Zweiten Weltkrieg, verbreiteten Feindschaft gegenüber Israel und verherrlichten Gewalt bis hin zum Terrorismus. Während die Bischöfe die Menschenkette am 13. Februar sowie eine Großkundgebung fünf Tage später ausdrücklich befürworten, erwähnen sie die umstrittene Blockade des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ nicht. dapd/kr

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Saechsische-Bischoefe-rufen-zu-Protesten-gegen-rechts-auf;art1047,3667116>

Sächsische Zeitung | 02.02.2012 | Peter Ufer

Die Neonazis und die Woge des Selbstmitleids

Die Proteste gegen die Rechten sind in Dresden gerade vor dem 13. Februar immer noch zu schwach, warnt Ex-Bundesminister Gerhart Baum.

Herr Baum, was bedeutet für Sie als gebürtigen Dresdner und Überlebender der Bombennacht vom 13. Februar 1945 dieser Tag nach 66 Jahren?

Dieser Tag ist nach wie vor ein Trauma für mich. Ich war damals 12 Jahre alt, meine Mutter floh mit uns Kindern an den Tegernsee. Die Trauerriale sind also absolut nachvollziehbar, ja sie sind nötig. Manche Dresdner allerdings hegen dabei mitunter ein Selbstmitleid, das dem Gedenken nicht angemessen ist. Dies wurde einst vor allem durch die Nazis und später durch die SED-Funktionäre aktiviert und propagandistisch missbraucht.

Wirkt das bis heute nach?

Ja, auf dieser Woge des Selbstmitleids wollen die Neonazis mitschwimmen, um auf diese Weise die Demokratie zu diskreditieren. Nach wie vor wirkt nach, dass es in der DDR keine offene Auseinandersetzung mit der Nazibarbarei gab. Es wurde nach dem Motto gehandelt: Wir waren es nicht. Deshalb ist die Gegenwehr zu schwach.

In den vergangenen zwei Jahren standen Tausende Dresdner auf, um gegen die Naziaufmärsche zu protestieren. Ist das Schwäche?

Natürlich nicht. Diese Entwicklung macht Hoffnung. Die großen Städte in Ostdeutschland entwickeln sich immer mehr zu Zentren demokratischer Kultur, gerade auch Dresden. Aber auf dem flachen, meist ökonomisch schwachen Land sieht das zum Teil anders aus. Ich denke nur an die Sächsische Schweiz, dort rückt die Ideologie der Nazis immer mehr in die Mitte der Gesellschaft. Hier hat sich eine Angstkultur etabliert, die aufrechte Demokraten an den Rand drückt. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

Hat die sächsische Regierung diese Entwicklung unterschätzt?

Die Gefahren sind ganz allgemein unterschätzt worden. Wichtig ist, dass sich die Demokraten auf eine Abwehrstrategie verständigen. Gibt es parteipolitischen Streit, dann bekommen die Verfassungsfeinde Oberwasser. Parteipolitische Profilierung sollte hier zurücktreten.

Gerichte erlauben Naziaufmärsche, verurteilen jene, die diese Märsche blockieren. Wie geht das zusammen?

Elementare Grundrechte unserer Demokratie sind die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Sie gelten aber eben auch für die Feinde unserer freiheitlichen Grundordnung. Das ist schwer zu verstehen, aber für Gerichte Entscheidungsgrundlage und macht es für die Sicherheitskräfte nicht einfach. Dennoch: Es darf nicht passieren, dass friedlich demonstrierende Bürger unter einen Generalverdacht gestellt werden, wie das mit der Handy-Überwachung geschah.

Werden so wehrhafte Bürger plötzlich zu Rädelsführern?

Dieser Begriff ist unpassend und irreführend. Notwendig ist, dass die Demokratie immer wieder mit Leben erfüllt wird. Die Menschenwürde ist auch in einer geglückten Demokratie immer wieder in Gefahr. Ich denke nur an Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Diese Haltung gibt es aber nicht nur bei Neonazis, sondern leider auch in der Mitte der Gesellschaft.

Sie sprachen am Freitag in der Kreuzkirche, Sie halten eine Dresdner Rede, unterstützen den Dresdner Friedenspreis. Lässt Sie die Stadt nicht los?

Es ist meine Heimat und die meiner Vorfahren. Ich engagiere mich, weil daran gearbeitet werden muss, das Symbol Dresden weiterhin positiv zu besetzen. Der bürgerschaftliche Diskurs muss gestärkt werden, das ganze Jahr hindurch, nicht nur einmal im Jahr, wenn die Nazis anrücken.

Am 12. Februar, 11 Uhr, spricht Gerhart Baum bei den Dresdner Reden im Schauspielhaus. Kartentelefon: (0351) 48 642 002

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2975163>

DEUTSCHLAND today | 02.02.2012

LINKE unterstützt Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützt auch in diesem Jahr die Proteste gegen die geplanten Neonazi-Aufmärsche am 13. und 18. Februar in Dresden. Mehrere Abgeordnete werden daran teilnehmen, so der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow, Fraktionsvize Martina Renner, der Abgeordnete und Thüringer Landesvorsitzende der LINKEN, Knut Korschewsky, und die Abgeordneten Susanne Hennig, Dr. Gudrun Lukin, Karola Stange, Jörg Kubitzki, Frank Kuschel.

Trotz der Strafandrohungen und Aufhebungen der Immunität von Abgeordneten der

LINKEN setzt die Linksfraktion des Thüringer Landtags ihr Engagement im Rahmen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ fort und ruft zu friedlichen Blockaden des Neonazi-Aufmarsches auf. „Gerade auch angesichts des braunen Terrors des NSU ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gegen Rechts notwendig wie nie“, betonte Bodo Ramelow und kritisierte erneut Sachsens Landesregierung, die dem entgegen offenkundig darauf setzt, demokratisches Engagement zu bekämpfen.

Dass es in diesem Jahr offenbar keinen zentralen Großaufmarsch geben wird, an dem in den vergangenen Jahren bis zu 6.000 Neonazis aus ganz Europa teilnahmen, sei ein Erfolg der demokratischen Proteste und der friedlichen Sitzblockaden 2010 und 2011, die durch das Bündnis „Dresden Nazifrei“ organisiert worden waren. Jedoch werden auch in diesem Jahr wieder aus vielen Thüringer Städten Hunderte Menschen mit Bussen nach Dresden fahren, um die Proteste gegen den braunen Ungeist zu unterstützen.

Mehr Informationen unter www.dresden-nazifrei.com

http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/parteien_artikel,-LINKE-unterstuetzt-Proteste-gegen-Neonazi-Aufmaersche-_arid,129964.html

Neues Deutschland | 02.02.2012 | Hendrik Lasch

»Keineswegs nur Stadt der Opfer«

Rechtzeitig vor dem 13. Februar porträtiert ein Sammelband über »Braune Karrieren« zahlreiche Dresdner NS-Täter

Ein neues Buch zeigt, wie Vertreter vieler Berufe in Dresden das NS-Regime stützten. Es bekräftigt, dass am 13. Februar 1945 keine »unschuldige« Stadt bombardiert wurde.

Die Attribute, mit denen »Das harte Geschlecht« versehen wurde, sind klar. Einen »blutsatt durchtränkten Nordlandroman« nannte das NS-Hetzblatt »Völkischer Beobachter« im Frühjahr 1933 das Machwerk von Will Vesper. Der Autor diente sich dem Regime aber nicht nur literarisch an. Als sich am 10. Mai 1933 an der TH Dresden Studenten in SA- und SS-Uniformen sammelten, war es Vesper, der in einer Rede die Gefahr der »Allerweltsgeistigkeit des internationalen Judentums« beschwor - bevor auf einer Anhöhe am Stadtrand Bücher ins Feuer flogen.

Will Vesper ist einer von 50 Porträtierten in einem Sammelband, der »Braune Karrieren« in Dresden vorstellt. Anhand von Vertretern aus NSDAP und SA, aber auch aus Wirtschaft und Justiz, Medizin, Kunst und Kirche wird gezeigt, wie das NS-System in allen Lebensbereichen Fuß fassen konnte. Vorgestellt werden Täter, die an Mordaktionen beteiligt waren, aber auch Menschen, die, wie Mitherausgeberin Christine Pieper formuliert, zur »Stabilisierung und Dynamisierung des Systems beigetragen haben«. Als Rädchen im Getriebe funktionierten der IHK-Chef, der jüdische Firmen »arisierte«; der Kirchenmann, der Verweise auf die jüdischen Wurzeln des Christentums aus dem Neuen Testament strich; der Mediziner, der »Rassenhygiene« als Lehrfach an der Technischen Hochschule etablierte.

Auf solche Protagonisten stützte sich die NS-Herrschaft, die in Sachsen vor allem von »Sachsen-Führer« Martin Mutschmann verkörpert wurde. Der Textilfabrikant aus Plauen, der früh durch fanatischen Antisemitismus auffiel, brachte es zu einer im Dritten Reich

beispiellosen Machtfülle, wie der Historiker und Co-Herausgeber Mike Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut betont. Mutschmann war nicht nur Gauleiter, Reichsstatthalter und Ministerpräsident; er ließ Gegner auch mit besonderer Härte verfolgen. Selbst NS-Größen wie Göbbels nannten ihn einen »Fanatiker«.

Unauffälliger versahen Männer wie Albrecht Fernholz den Dienst; ein Beamter, der im Abschnitt »Fachleute der Vernichtung« vorgestellt wird. Als Chef der Ministerialabteilung »Volkspflege« koordinierte Fernholz die Euthanasie: Er ließ psychisch Kranke aushungern und schickte Behinderte auf dem Pirnaer Sonnenstein ins Gas, darunter 1226 Dresdner. »Nicht brauchbare« Kinder ließ er in Krankenhäusern töten. Zudem war er zuständig für die Zwangssterilisierung von 700 Frauen im Dresdner Klinikum Friedrichstadt. Auf diese Weise, sagt Boris Böhm, Leiter der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, »wurden bereits lange vor den Bombenangriffen Verbrechen an Dresdnern verübt«.

Böhm weist damit auf eine Intention des Bandes, der nicht zufällig kurz vor dem 13. Februar präsentiert wurde. Es handelt sich nicht nur um den für Dresden erstmaligen Versuch, anhand von Biografien zu zeigen, welcher Art die Stützen des NS-Systems waren. Die Publikation soll auch die Legende weiter unterminieren, wonach die Bomben im Februar 1945 eine »unschuldige Kunst- und Kulturstadt« getroffen hätten.

Dresden, betont Christine Pieper, sei »keineswegs nur eine Stadt der Opfer« gewesen, sondern eine wichtige Gauhauptstadt, in der das NS-System fest Fuß gefasst hatte. Die Mitgliederzahl der NSDAP war zwischen 1931 und 1935 von 6000 auf 32 500 emporgeschnellt, ein Anteil so hoch wie in München. Die Verbrechen - wie heutige Nazis die Bombardements vom Februar 1945 bezeichnen - fanden schon zuvor statt. Sie konnten, das zeigt der Porträtband eindrucksvoll, geschehen, weil sich auch in Dresden viele willige Vollstrecker für den braunen Ungeist fanden.

Braune Karrieren. Dresdner Täter und Akteure im Nationalsozialismus. Sandsteinverlag Dresden 2012, 19,80 Euro.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/217300.keineswegs-nur-stadt-der-opfer.html>
